

Forderung berechtigt **sei** und die Fischräucherei geschlossen werden muß.

So wurde dann auch verfahren. Dem Bezirksbürgermeister gelang es innerhalb von zwei Tagen, im VEB Fleischkombinat freie Räucherkapazitäten ausfindig zu machen.

Diese Lösung befriedigte die berechtigten Forderungen der Einwohner nach hygienischem Wohnen, berücksichtigte aber auch, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Räucherfisch gesichert bleiben muß. Die persönlichen werden mit den gesellschaftlichen Interessen wieder in Übereinstimmung gebracht und das Vertrauen dieser Bürger zu ihrem Staat wiederhergestellt.

Das war also auch eine politische Entscheidung, ganz im Sinne der Beschlüsse unserer Partei und Regierung. Danach zu handeln, führt immer zu Erfolgen. In den Häusern Bornholmer Straße 91 und 92 beispielsweise begannen die Hausgemeinschaften wenige Tage nach der Versammlung, im NAW den ersten Hof ihrer Grundstücke in einen Schmuckplatz umzuwandeln und ein Müllhaus zu bauen, ein Waschhaus soll als nächstes drankommen.

Die BPO im Rat zog Lehren

Genosse Paul Verner sagte auf dem

4. Plenum zu der Arbeit in den Wohngebieten: „Von besonderer Bedeutung für die Festigung der sozialistischen Demokratie war die offene Aussprache über die Kritiken, Schwächen, Mängel und Sorgen der Menschen und ihre Behandlung und Erledigung durch die Partei und die Staatsorgane ... Wir konnten dabei feststellen, daß viele Eingaben der Bürger mit wenig Aufwand geregelt werden konnten.“

Das Beispiel Fischräucherei zeigt, wie eine Eingabe mit wenig Aufwand geregelt werden kann. Zwei verantwortliche Funktionäre entschieden auf einer Versammlung, wozu die zuständigen Stellen bis zu diesem Zeitpunkt sieben Jahre gebraucht hatten.

Die Leitung der BPO im Rat des Stadtbezirks nahm dieses Beispiel unverantwortlichen Arbeitens einer Anzahl von Staatsfunktionären zum Anlaß, in den APO und Parteigruppen die Diskussion

über die Bedeutung der Eingaben in Gang zu bringen und sich dabei auch mit den Genossen auseinanderzusetzen, die noch nicht den politischen Gehalt der Eingabeverordnung richtig verstanden hatten.

So kamen beispielsweise über Mitarbeiter der Abteilung Wohnungswesen, darunter auch über Genossen, viele Beschwerden aus der Bevölkerung über schlechte Arbeitsweise und unhöflichen Umgangston.

In der Abteilung wurden die Anliegen und Kritiken der Bevölkerung mitunter als Belästigung empfunden. Mitarbeiter machten Bürgern Versprechungen, die nicht eingehalten wurden. Dadurch kam es zu Verärgerungen. Statt zu überzeugen, warum dieses und jenes Anliegen gegenwärtig noch nicht berücksichtigt werden kann, erhielten einige Bürger eine unverbindliche und deshalb nicht befriedigende Antwort. Mit Schuld an diesem Zustand trug der Genosse Abteilungsleiter, der über manchen Fehler* seiner Mitarbeiter hinweg sah.

Die Leitung der Grundorganisation setzte das auf die Tagesordnung einer ihrer Leitungssitzungen und lud dazu die neun Genossen der Parteigruppe Wohnungswesen ein.

In der Auseinandersetzung ging es dem Übel an die Wurzel. Die Parteileitung erklärte, daß sie das bürokratische und zum Teil herzlose Verhalten einiger Mitarbeiter der Abteilung Wohnungswesen — vor allem das der Genossen — verurteile und nicht mehr dulden werde. Sie empfahl dem Genossen Abteilungsleiter, seine Arbeit zu überprüfen. Die Parteigruppe erhielt den Auftrag, den Eingabenerlaß des Staatsrates vom 27. Februar 1961 „Eingaben der Bürger — eine Form der Mitarbeit an der Leitung unseres Staates“ gründlich zu studieren und in der Parteigruppe zu diskutieren, um ihn zur Grundlage der politischen Arbeit in der Abteilung zu machen.

Diesen Auftrag erhielten auch die APO bzw. Parteigruppen in allen anderen Abteilungen. Dabei stellte sich heraus, daß der Eingabenerlaß, der zum unentbehrlichen Handwerkszeug jedes Leiters und Mitarbeiters staatlicher Organe gehört, nur ungenügend bekannt war. So war es